

Geldschwemme und Niedrigzinsen: Was bringt die Zukunft?

Die Beschlüsse, die bei der jüngsten Sitzung der Europäischen Zentralbank (EZB) gefasst wurden, sind nicht nur kurzfristig, sondern auch langfristig entscheidend für zukünftige Entwicklungen. Erneut senkte die EZB den Leitzins – nun auf 0 Prozent. So gut die Nachricht für Börsianer und Schuldenländer ist, so katastrophal ist sie für Bürger und Unternehmen, so die Einschätzung von BGA-Präsident Anton F. Börner zur EZB-Entscheidung. Privates Geldvermögen wird enteignet. Und die Signale an die Unternehmen verpuffen bislang wirkungslos. Es stellt sich mehr denn je die Frage, ob diese Weichenstellung die aktuellen Probleme aus Niedriginflation und Niedrigzinsen entschärft oder weiter verlängert. Unternehmen, Investoren, Rentenfonds und private Sparer sitzen im gleichen Boot. In ganz Europa haben sie mit den Folgen der EZB-Geldschwemme zu kämpfen - mit Ausnahme des Staates.

Unsicherheiten am Geldmarkt bestehen weiter

Einen neuen Tiefstand der Inflation von -0,2 Prozent verkündete die EZB Anfang Februar. Für Deutschland liegt der Wert derzeit bei null Prozent. Kurzfristig verantwortlich sind dafür vor allem der Ölpreiserückgang (-8 Prozent) und leicht nachgebende Nahrungsmittelpreise. Seit Jahren versucht EZB-Präsident Mario Draghi den Preisaufrtrieb durch das Drucken enormer Geldmengen zu stimulieren. Doch der Markt reagiert nicht wie gewünscht. Die Inflation will einfach nicht anspringen.

Staat und Banken können sich dagegen seit Jahren günstig mit Krediten eindecken. Während die Nachfrage bei Investmentfonds, Unternehmen und privaten Sparern sehr verhalten ist. Dies führt dazu, dass Geschäftsbanken ihr Geld bei der EZB parken. Bereits im Juni 2015 beschloss die EZB einen negativen Einlagenzins festzulegen, um die Banken zu zwingen, die Liquidität in den Markt zu spülen.

Das Gegenteil ist bislang eingetreten. Die Kreditinstitute geben ihre negativen Zinsen weiter. Tagesgelder verzeichnen historisch niedrige Renditen und Rentenfonds, die sich gezwungen sehen, Staatsanleihen zu kaufen, bezahlen für ihre Anlagen, anstatt positive Erträge zu erwirtschaften. Das EZB-Inflationsziel von knapp 2 Prozent bleibt damit wohl auch weiterhin unerreichbar.

Schwierigkeiten drohen auch von anderer Seite: Die Wachstumsperspektiven verschlechtern sich zunehmend. Das

nachlassende Wachstum der Emerging Markets, wie China mit seinen Problemen im Strukturwandel, Russland und Brasilien, die mit niedrigen Rohstoffpreisen zu kämpfen haben, sind auch für Deutschland ernst zu nehmende Risikofaktoren. Dies sind wachstumsdämpfende Effekte, die die deutschen Exporte in Zukunft schwächer steigen lassen könnten.

Liquiditätsfalle: Unternehmensinvestitionen bleiben zurückhaltend

Die Folgen dieser Geldschwemme sind schon seit längerem erkennbar. Deutschland befindet sich zunehmend in einer Liquiditätsfalle. Die Zinssätze tendieren gegen Null, trotzdem haben Anleger und Unternehmen keinen Anreiz ihr Geld zu investieren. Dagegen steigt die Nachfrage im Konsumgüterhandel. Sie wird zu einer tragenden Säule des wachsenden Bruttoinlandsprodukts.

Die jüngsten Zahlen des Statistischen Bundesamtes zeigen zwar eine verbesserte Auftragslage aus Drittländern für produzierendes und verarbeitendes Gewerbe, die Auftrags-eingänge aus den EU-Mitgliedstaaten sanken jedoch im gleichen Maße. Im Inland oszilliert die Auftragslage ebenfalls. Im Ergebnis reichen die Kapazitäten aus, um die auf nationalen und internationalen Märkten nachgefragten Güter zu produzieren.

Unternehmen haben angesichts der schwachen Dynamik aktuell keinen Anreiz, in eine Ausweitung ihrer Kapazitäten zu investieren und schieben somit Investitionen auf. Die EZB hat somit das wirtschaftspolitische Ziel verfehlt, private Investitionen anzuschieben. Lediglich der Staat nutzt aktuell die Vorteile günstiger Zinsen und investiert gewonnene Spielräume aus den sprudelnden Steuereinnahmen in die Modernisierung und den Ausbau der öffentlichen Infrastruktur.

Expansive Geldpolitik bringt keine guten Resultate

Die Märkte reagieren mit verhaltener Freude auf die neuen Maßnahmen der EZB. Je länger unkonventionelle Instrumente wie Anleihekäufe genutzt werden, desto geringer fällt ihre Wirkung aus. Bestes Beispiel Japan: Seit Jahren bemüht sich die Regierung, die Wirtschaft mit geldpolitischen Instrumenten in Fahrt zu bringen - bislang erfolglos.

Aus Sicht des BGA stellt sich die Frage, wie lange die EZB noch an der expansiven Geldpolitik festhalten will. Wenn die EZB acht Jahre nach der Wirtschaftskrise 2008/9 immer noch neue geldpolitische Maßnahmenpakete auf den Weg bringt, stellt sich die Frage, ob die Instrumente richtig gewählt sind.

Die aktuellen Herausforderungen am Rande Europas sollten zum Anlass genommen werden, ein gemeinsames Handeln finanz- und wirtschaftspolitisch voranzubringen, das die wirtschaftliche Dynamik in ganz Europa stärkt, anstelle den schwarzen Peter für unterlassenes oder unzureichendes Handeln ständig in der EU weiter zu schieben. Die EZB kann fehlenden Gemeinsinn und wirtschaftliche Dynamik nicht mit noch so viel Geld ersetzen.

[Julius Kempe/Michael Alber]

BGA AKTUELL

Ernüchternder Jahresauftakt im Außenhandel

„Der Jahresauftakt des Außenhandels ist ernüchternd. Obwohl sich die Ausfuhren zuletzt mit immer neuen Höchstwerten von den vielen Krisenherden weltweit unbeeindruckt gezeigt hatten, ist der Export kein Selbstläufer. Vielmehr haben die niedrigen Rohstoffpreise und die EZB-Politik das Bild überzeichnet.“ Dies erklärte BGA-Präsident

Anton F. Börner in Berlin zur Entwicklung des deutschen Außenhandels.

Zuvor hatte das Statistische Bundesamt die Januarzahlen für den deutschen Außenhandel bekannt gegeben. Demnach betrug der Wert der deutschen Exporte 90,0 Milliarden Euro, ein Rückgang um -1,4 Prozent im Vorjahresvergleich. Mit einem Warenwert von 74,0 Milliarden Euro sind die deutschen Importe hingegen um 1,5 Prozent höher als 2014 gewesen. Damit schloss die Außenhandelsbilanz mit dem bisher höchsten Überschuss von 13,6 Milliarden Euro ab.

„In den vergangenen Monaten bekamen die deutschen Ausfuhren kräftigen Rückenwind durch den künstlich niedrig gehaltenen Eurokurs. Dieser Effekt scheint nun erwartungsgemäß zu verpuffen und die Probleme der Weltwirtschaft treten zutage. So war der Rückgang der Nachfrage aus den Ländern außerhalb der EU mit 5 Prozent am größten. Vor diesem Hintergrund halten wir auch nichts von einer weiteren Zinssenkung der EZB, weil sie nichts bringt, aber die Risiken verschärft“, so Börner abschließend.

 BGA-Pressemitteilung vom 10. März 2016

Mitmachen: Umfrage zur Administration von Intrastat-Daten

Das Statistische Bundesamt, DESTATIS, hat den BGA erneut um Unterstützung bei einer Umfrage gebeten. Im Zuge der Bürokratiereduzierung möchte DESTATIS gemeinsam mit Eurostat, dem Statistikamt der Europäischen Gemeinschaft, in der Innergemeinschaftlichen Handelsstatistik (Intrastat) neue Statistikverfahren einführen und gleichzeitig den administrativen Aufwand für Unternehmen bei der Befragung minimieren. Intrastat bildet die Grundlage für die Gemeinschaftsstatistik des Warenverkehrs zwischen den EU-Mitgliedstaaten.

Der BGA unterstützt dieses Anliegen und bittet Unternehmen aus dem Groß- und Außenhandel sowie Unternehmensnahe Dienstleister, die Umsätze im EU-Gemeinschaftsgebiet tätigen, sich an der Umfrage zu beteiligen und den Fragebogen bis zum 30. März 2016 auszufüllen. Eine möglichst große Teilnehmerzahl ist wünschenswert, damit den Unternehmen auch weiterhin qualitativ hochwertige Statistiken für ihre Entscheidungen zur Verfügung stehen und zugleich der Aufwand bei der Datenerhebung eingegrenzt werden kann.

① Der Fragebogen kann über folgenden Link aufgerufen und online ausgefüllt werden. <https://ec.europa.eu/eusurvey/runner/DEIntrastatReportersSurvey>

[Michael Alber]

AUSSENWIRTSCHAFT

Neue Homepage beim Import Promotion Desk (IPD)

Die neue Homepage des IPD ist jetzt online. Unter dem Link www.importpromotiondesk.de kann man sich einen Überblick über die Leistungen, Produkte und Partnerländer des IPD informieren. Zudem finden sich dort Veranstaltungshinweise sowie Publikationen des IPD. Wichtigster Kooperationspartner des IPD ist der BGA. Seine Aufgabe beim IPD ist die Vermittlung zwischen der deutschen Importwirtschaft und den Unternehmen, Wirtschaftsorganisationen und Exportförderereinrichtungen in den Partnerländern.

[Anna Peter]

Nationaler Aktionsplan für Menschenrechte

Der Nationale Aktionsplan „Wirtschaft und Menschenrechte“ hat zum Ziel, die Leitprinzipien der Vereinten Nationen für Wirtschaft und Menschenrechte umzusetzen. Diese beinhalten menschenrechtliche Pflichten von Staaten und Verantwortung von Unternehmen in globalen Wertschöpfungs- und Lieferketten. Für Unternehmen sieht Klaus Milke, Vorstandsvorsitzender von Germanwatch, in der Umsetzung des Nationalen Aktionsplans die Chance, frühzeitig über Risiken informiert zu sein und somit bessere Geschäfte machen zu können. Die Bundesregierung sollte laut Milke die Unternehmen dabei unterstützen, Risikoanalysen durchzuführen. Der Nationale Aktionsplan befindet sich derzeit in der Ressortabstimmung und soll in diesem Jahr durch das Bundeskabinett verabschiedet werden.

[Anna Peter]

Importpreise im Januar 2016: – 3,8 % gegenüber Januar 2015

Die Einfuhrpreise waren im Januar 2016 um 3,8 % niedriger als im Januar 2015. Im Dezember 2015 hatte die Jahresveränderungsrate – 3,1 % betragen, im November 2015 hatte sie bei – 3,5 % gelegen. Wie das Statistische Bundesamt

(Destatis) weiter mitteilt, fielen die Importpreise im Januar 2016 gegenüber Dezember 2015 um 1,5 %.

① DESTATIS-Pressemitteilung (Auszug) vom 29. Februar 2016

KONJUNKTUR

Bestellungen: Der Euroraum legt wieder zu

Die Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe waren in den jüngsten beiden Berichtsmonaten stabil und etwas umfangreicher als im Schlussquartal 2015. Mit der Veröffentlichung der Zahlen für Januar 2016 konstatiert das Statistische Bundesamt einen geringfügigen Rückgang der Auftragseingänge von 0,1 Prozent. Der Anteil an Großaufträgen war für einen Januar durchschnittlich. Während die Aufträge für die Konsumgüter und Investitionsgüter um 3,9 Prozent beziehungsweise um 1,7 Prozent stiegen, waren die Bestellungen für Vorleistungsgüter um 4,0 Prozent rückläufig.

Vor allem die Zunahme der Bestellungen aus dem Euroraum ist aus Sicht des BGA ein positives Zeichen. So glich die rege Nachfrage aus Drittländern im Dezember noch den hohen Rückgang der Bestellungen aus dem Euroraum aus. Nun zeigt sich ein deutlicher Anstieg, der verbunden mit der hohen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie im außenwirtschaftlichen Umfeld auf einen moderaten Abschluss des Quartals hoffen lässt.

[Julius Kempe]

AGRAR- UND ERNÄHRUNGSWIRTSCHAFT

Food Fraud Network legt Tätigkeitsbericht vor

Im Zuge der Pferdefleisch-Betrugsfälle wurde im Jahr 2013 auf europäischer Ebene das Food Fraud Network (FFN) gegründet. Dieses hat die Aufgabe, bei grenzüberschreitenden Lebensmittel-Betrugsfällen den schnellen Austausch von Informationen zwischen den zuständigen nationalen Behörden und der Kommission zu gewährleisten. Das FFN hat nun seinen Tätigkeitsbericht für das Jahr 2015 vorgelegt. Daraus geht hervor, dass seit November 2015 ein eigenes IT-Tool, das sogenannte „Administrative Assistance and Cooperation (AAC)“ System, eingerichtet wurde, um den Austausch von Informationen zu erleichtern. Seit Beginn der

Arbeit des FFN im Juli 2013 ist die Zahl der Vorkommnisse, zu denen sich die Behörden im Rahmen des FFN ausgetauscht haben, gestiegen. So waren es 2013 30 Fälle, während 2015 108 gemeldet wurden. Insgesamt hat sich das FFN seit seinem Bestehen mit rund 200 geltend gemachten Fällen befasst. Die Mehrheit der behaupteten Vergehen bestand in Etikettierungsverstößen, gefolgt von illegalen Exporten tierischer Nebenprodukte sowie unerlaubten Behandlungen oder Verarbeitungsmethoden von Lebensmitteln.

Der BGA steht mit dem zuständigen Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft zum Thema Lebensmittelbetrug in engem Kontakt. Dabei setzt er sich für eine effektive Bekämpfung von Lebensmittelbetrug ein, ohne seriös arbeitende Unternehmen mit überbordender Bürokratie zu belasten.

i Der Tätigkeitsbericht des FFN kann beim BGA per E-Mail an sebastian.werren@bga.de abgerufen werden.

[Sebastian Werren]

BGA »DIREKT-SERVICE«

Bitte per Fax an 030 590099-519

Bitte senden Sie mir folgende Dokumente per E-Mail an unten stehende Adresse:

Tätigkeitsbericht des FFN

E-Mail Adresse

Zitat der Woche

»Polen hat mit Putins Russland gar nichts zu tun. Die Regierung ist in freien und fairen Wahlen gebildet worden.«

Rebecca Harms, Fraktionschefin der Grünen im Europaparlament

VERKEHR

361 Millionen Tonnen Güter auf der Schiene im Jahr 2015

Im Jahr 2015 wurden auf dem deutschen Schienennetz insgesamt 361,2 Millionen Tonnen Güter transportiert. Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, nahm im Vergleich zum Vorjahr das Transportaufkommen auf Schienen damit um 1,0 % ab. Die auf dem deutschen Schienennetz transportierte Menge sank das zweite Jahr in Folge, nachdem es bereits 2014 einen Rückgang von 2,3 % im Vergleich zu 2013 gegeben hatte.

i DESTATIS-Pressemitteilung (Auszug) vom 26. Februar 2016

Impressum

Herausgeber: Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e.V. | 10873 Berlin
Telefon: 030 590099-50 | Telefax 030 590099-519
info@bga.de | www.bga.de

Chefredaktion und V.i.S.d.P.: André Schwarz
Redaktion: Iris von Rottenburg
(in Zusammenarbeit mit den BGA-Fachabteilungen und den BGA-Mitgliedsunternehmen)

Redaktionsschluss: 14. März 2016
»DIREKT AUS BERLIN« erscheint wöchentlich